

Liegt die Macht auf der Straße?

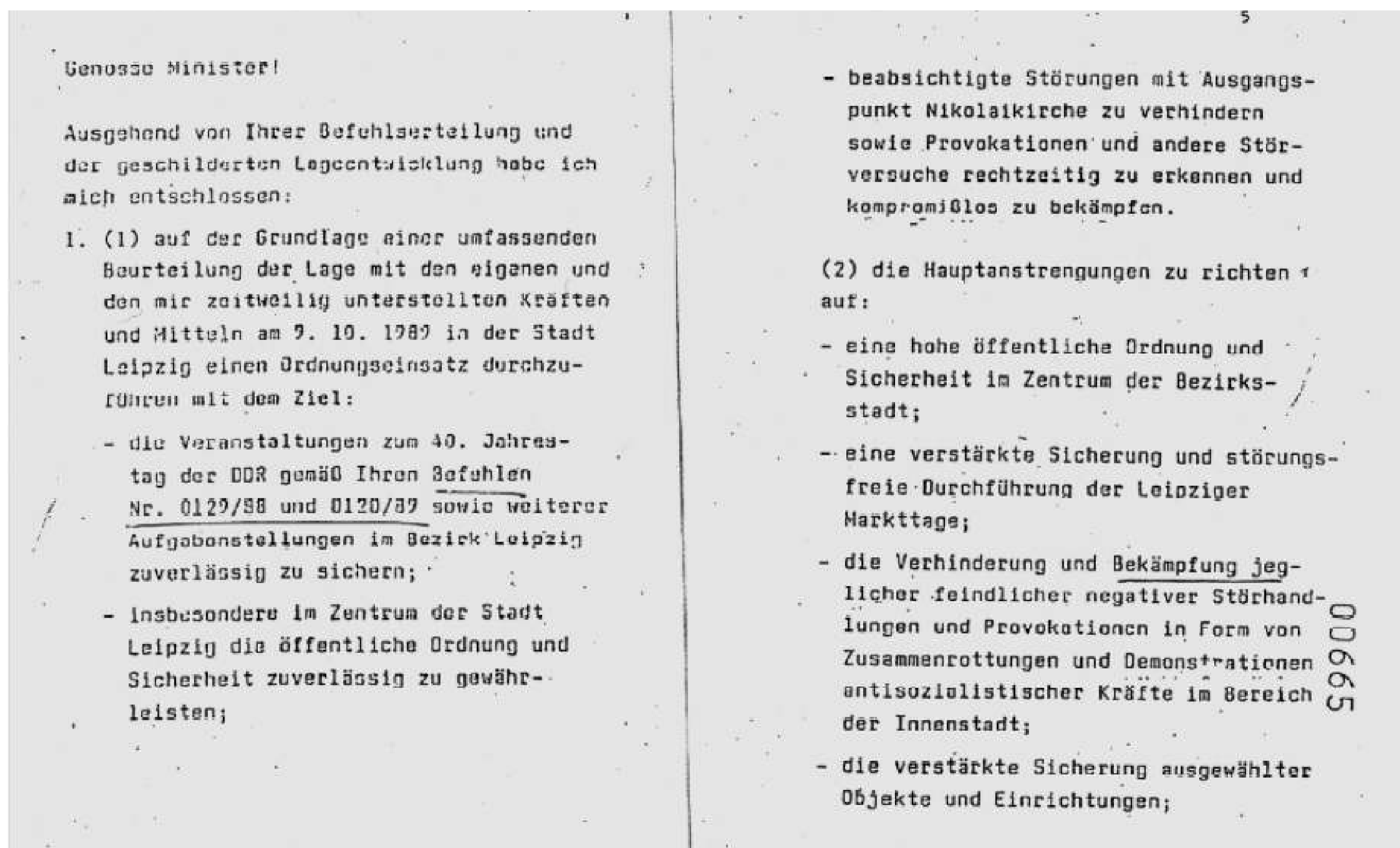


Leipzig, 9. Oktober '89: 70.000 Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring, Foto: Uwe Pullwitt

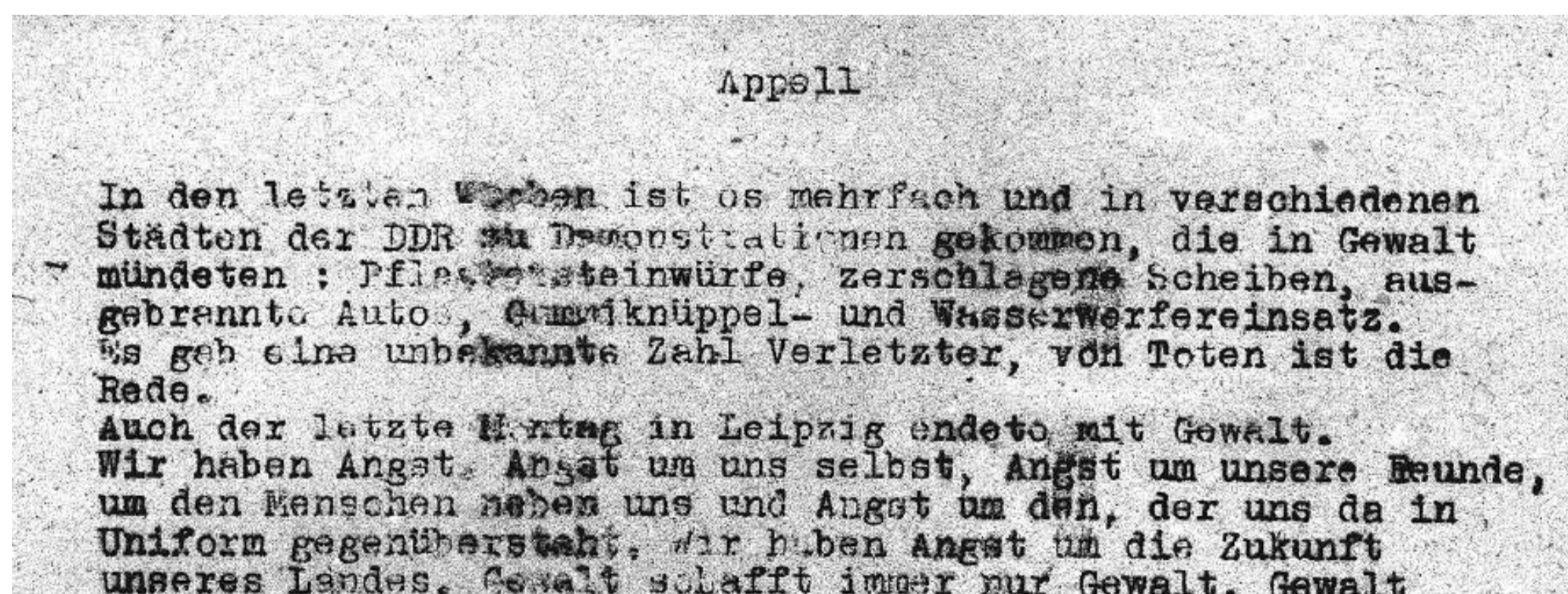
Die Demonstrationen vom Herbst '89 waren das wichtigste Mittel, die Alleinherrschaft der SED-Politbürokratie zu beenden und staatsbürgerliche Rechte zu erlangen. Eben das waren auch die Hauptforderungen der DemonstrantInnen zu dieser Zeit.

Die Demonstrationen waren eine Form freier, öffentlicher und fast immer gewaltloser Meinungsäußerung. Die erklärte Gewaltlosigkeit war eine Strategie, blutige Konflikte mit der Staatsmacht zu vermeiden und sollte zudem der Gegenseite die Angst nehmen. Mehr noch aber hatte sie die Aufgabe, die Berechtigung der eigenen Forderungen moralisch zu untermauern: Wer zuschlug, hatte Unrecht. Nicht zuletzt war die Gewaltlosigkeit ein Vorgriff auf die angestrebten gesellschaftlichen Verkehrsformen, mit dem man sich von der Militanz der Staatsmacht absetzte.

Solch revolutionierende Wirkungen wie im Herbst '89 in der DDR konnten Demonstrationen allerdings nur in einem System haben, das die freie, öffentliche Kritik der Staatspolitik mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Wird eine solche Kritik dann erst einmal massenhaft geäußert, hat die Staatsmacht den Kampf schon weitgehend verloren. Doch dass die großen Demonstrationen vom Herbst '89 möglich wurden und rasch zum Erfolg führten, ist nicht aus einer plötzlichen Entschlossenheit der DemonstrantInnen zu erklären. Eine Vielzahl innerer und äußerer Umstände hatte dazu geführt, dass die Handlungsfähigkeit des Herrschaftsapparates stark eingeschränkt war und zugleich Hoffnungen auf die Möglichkeit gesellschaftlichen Wandels geweckt worden waren. Schon beim „Sputnik“-Verbot Ende 1988 und bei den Kommunalwahlen im Mai '89 hatte sich gezeigt, dass die Herrschenden kaum noch imstande waren, auf Proteste und Wahlverweigerung repressiv zu reagieren. Im Laufe des Oktobers '89 wurde ihr politischer Bankrott offenbar. Ihr Versuch, erst mit Gewalt, dann mit einer „Dialogpolitik“ die Ausbreitung der gegen sie gerichteten Demonstrationen zu verhindern, scheiterte. Nun wäre es möglich gewesen, in den Betrieben, Institutionen und Kommunen eine Gegenmacht zu ihnen aufzubauen.



Der Polizeichef des Bezirks Leipzig berichtet dem DDR-Innenminister über seine Pläne, die Montagsdemonstration vom 9. Oktober zu verhindern



Leipziger Oppositionsgruppen rufen am 9. Oktober Polizei und Demonstranten zur Gewaltlosigkeit auf



Im „Neuen Deutschland“ vom 24. Oktober '89 ist von Randalierern keine Rede mehr



Berlin, 24. Oktober '89: Demonstration gegen die Wahl von Egon Krenz zum DDR-Staatsoberhaupt, Foto: Jürgen Nagel